

19./X. 1916

Die Ernährungsfragen im Reichstagsauschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstags begann heute die Beratung der Ernährungsfragen an Hand der Denkschrift der Regierung über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges. Berichterstatter Graf Westarp gab zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung des Kriegsernährungsamtes, über die Zahl der nachgeordneten Behörden und der Beamten. Sodann besprach er die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen, Wucherfälle und ihre Bestrafung. Zu erwägen sei, ob nicht die Strafgefangenen durch Arbeitszwang mehr als bisher für landwirtschaftliche Arbeiten verwendet werden könnten. Es müsse den Gründen nachgegangen werden, warum früher die Ernteanbauläche höher geschätzt worden sei, als sich jetzt bei den Erhebungen tatsächlich ergeben habe. Viele Klagen seien gegen das Kriegsernährungsamt erhoben worden. Aber der Präsident habe in seiner Antrittsrede selbst davor gewarnt, die Erwartungen zu hoch zu spannen, da das Amt Lebensmittel nicht schaffen könne. Die ganze Lebensmittelversorgung lasse sich nicht ohne weiteres von einer Zentralstelle aus glatt regeln.

Das Zentrum legte hierauf einen Antrag vor, der den Reichsanzler ersucht, eine Statistik über die Zahl der beim Kriegsernährungsamt und den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen, über ihr Gehalt und ihre Konfession vorzulegen. Nach längerer Erörterung wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittler angenommen.

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki gab dann einen Rückblick auf die Entstehung des Amtes. Dessen Errichtung sei in eine sehr ungünstige Zeit gefallen, so daß die Wirtschaftspläne erst verspätet hätten herausgegeben werden können. Jetzt sei die Organisation abgeschlossen und die Beamtenschaft vollzählig. Das Kriegsernährungsamt habe Fühlung mit der öffentlichen Meinung gesucht und werde sich weiter mit ihr in enger Fühlung halten.

Präsident v. Batocki kam dann auf das System der öffentlichen Bewirtschaftung zu sprechen. Bei Kriegsausbruch habe man den freien Handel ruhig schalten lassen können; mit der Zeit aber habe an dessen Stelle die öffentliche Bewirtschaftung treten müssen. Dabei brauche man nicht gleich an Staatssozialismus zu denken. Habe man sich aber einmal entschlossen, das Ernährungswesen staatlich zu regeln, so müsse die Regelung möglichst lückenlos erfolgen. Bei Festsetzung der Höchstpreise sei Vorsicht am Platze, da unangebrachte Höchstpreise die Ware verdrängten. Ueber die Art der Erfassung und Bestrafung des Wuchers schwebten Erwägungen. Nicht jeder Schuhmann könne eingreifen, da er unmöglich alle Höchstpreise und Verordnungen im Kopfe haben könne. Vielleicht komme man dazu, bei Wucher nur die Verkäufer zu treffen.

Die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung sei wunderbarerweise sehr hoch geblieben, trotzdem es an Arbeitskräften, Pferden usw. mangle. Um die Landwirtschaft zur Erzeugung anzureizen, müßten für die notwendigen Waren Preise von entsprechender Höhe angesetzt werden. Dagegen könnten weitergehende, auf Erhöhung der Höchstpreise hinstrebende Forderungen mit Rücksicht auf die Verbraucher nicht bewilligt werden. Für die Landwirtschaft sei die Verteuerung der Futtermittel infolge zu später Preisregelung eine ernste Frage, die große Schwierigkeiten verursacht habe. Hier Besserung zu schaffen, werde versucht. Die Getreideversorgung durch die Reichsgetreidestelle verdiene alles Lob; auf diesem Gebiete sei Vorbildliches geschaffen worden. Die Fleischverteilung sei trotz entgegenstehender großer technischer Schwierigkeiten jetzt durchgeführt. Noch größere Schwierigkeiten ständen der Verteilung von Butter und Milch entgegen. Zu verhehlen sei nicht, daß wir uns trotz der jetzigen Regelung auf Rückschläge gefaßt machen müßten.

Das Kriegsernährungsamt habe stets Sachverständige zu den Beratungen zugezogen und immer versucht, die verschiedenartigen Interessen auszugleichen, wenn es auch nicht immer gelungen sei. Außerdem müsse die Ansicht der einzelnen Bundesstaaten gehört werden, weil ihnen die Ausführung der Verordnungen obliege und ohne ihre erspriechliche Mitarbeit die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes lahmgelegt würde. Mit dem Amte seien der preussische Minister des Innern und die Vertreter der Bundesstaaten in steter Fühlungnahme. Ebenso habe das Kriegsernährungsamt mit den Kommunalverbänden Fühlung gesucht; zu starke Eingriffe in das kommunale Wirtschaftsleben müßten aber vermieden werden, weil sonst Störungen die Folge wären. Mit Befehlen allein sei nichts zu machen.

Der alle Nahrungsmittel umfassende Wirtschaftsplan sei bereits ausgearbeitet und werde baldigst vorgelegt werden. In den besetzten Gebieten solle ein einheitlicher Wirtschaftsplan durchgeführt werden. Schließlich warnte der Präsident vor zu großem Optimismus, namentlich vor einer Ueberschätzung der Körnerernte. Genaue Durchführung der Verteilung werde uns über die Schwierigkeiten hinweghelfen.

Ein sozialdemokratischer Redner stimmte den letzten Ausführungen des Präsidenten von Batocki zu. Ihm erschien es zweifelhaft, ob der Spirituszentrale so hohe Zuschläge hätten gegeben werden müssen, zumal dadurch die Kartoffelpreise beeinflusst worden seien. Die Gerstenpreise seien zu hoch, sie ständen über dem Roggenpreis, und daher wandere vielfach Roggen in den Blehtrog. Seit Bestehen des Kriegsernährungsamtes sei kaum eine Gattung von Lebensmitteln im Preise herabgesetzt worden. Besonders die Fischpreise seien für die minderbemittelte Bevölkerung unerschwinglich hoch. Die Gemüse- und Obstregelung habe zu einem Fiasko geführt; gewisse Händler hätten dabei große Verdienste eingeholt. Auch die Kommissionsgebühren der Viehhandelsverbände seien zu hoch. Deren Verwaltung und Ueberschußwirtschaft sei verfehlt. Das Kriegsernährungsamt müsse versuchen, die Preise allmählich abzubauen, denn die jetzigen hohen Preise seien weder in den Produktionskosten noch in den notwendigen Handelskosten begründet. Konjunkturgewinne aber seien in Anbetracht der Leistungen des gesamten Volkes unmoralisch.

Präsident Batocki erwiderte, Spiritus dürfe nur noch in dem für das Heer unbedingt notwendigen Maße hergestellt werden. Die Aufrechterhaltung des bisherigen Gerstenkontingents hänge vom Erntergebnis ab, angefaßt der in Bayern seit Jahrhunderten herrschenden Lebensgewohnheiten könnten stärkere Eingriffe in das bayerische Gerstenkontingent wohl kaum verantwortet werden. Die Kartoffelverladung habe in den letzten Wochen zugenommen, so daß die lokalen Schwierigkeiten im großen Ganzen als überwunden angesehen werden könnten. Die Preise für Hafer, Gerste und Mehlprodukte seien gesenkt worden und würden weiter gesenkt werden. Ebenso seien die Viehpreise abgemindert worden, wenn auch nicht so stark, wie er selbst es gewünscht hätte. Der an-

gesetzte Kartoffelpreis sei angefaßt des diesjährigen Ernteergebnisses und anderer Schwierigkeiten sehr wohl zu verantworten.